

Prüfauftrag an die Verwaltung



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

„Verbreiterung des Fahrrad- und Gehweges an der Wolbecker Straße zwischen Bremer Straße und Linnebornstiege“

Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Bremer Str. 64
48155 Münster

Fon 0251 / 8 99 58 10
Fax 0251 / 8 99 58 15
gruene.ratsfraktion@muenster.de
www.gruene-muenster.de

Die Verwaltung wird beauftragt Lösungsmöglichkeiten für eine Verbreiterung des Fahrrad- und Gehweges an der Wolbecker Straße zwischen Bremer Straße und Linnebornstiege auf die Mindestanforderungen an Radwege mit einer Mindestbreite einschließlich Sicherheitsraum für Radwege von 1,50 m sowie für gemeinsame Geh- und Radwege von 2,50 zu erarbeiten. Die Lösungen sollen den zuständigen politischen Gremien rechtzeitig zu den nächsten Sitzungsterminen zur Abstimmung vorgelegt werden.

Begründung:

Der Rad- und Gehweg in dem Bereich zwischen der Bremer Straße und der Linnebornstiege entspricht bei Weitem nicht den Mindestanforderungen an Radwege. Daher stellt dieser Bereich ein hohes Sicherheitsrisiko für den Bürger dar. Dieses Gefahrenpotential wurde wiederholt von den Ausschussmitgliedern von Bündnis90/Die Grünen im Planungsausschuss (26.02.2004 und 18.03.2004) auf Grund der zu dem Zeitpunkt durchgeführten Bautätigkeiten auf der Wolbecker Straße thematisiert. Jedoch hielt es die Mehrheitsfraktion und die Verwaltung auf Grund der Kosten nicht für erforderlich die Situation durch eine bauliche Maßnahme zu entschärfen.

Die vorhandene Fahrbahnbreite lässt derzeit in diesem Streckenabschnitt das Parken von PKW zu. Durch die Wegnahme dieser Parkplätze (ca. 4) ist eine Verbreiterung von Rad- und Fußweg auf 2,50 m (Mindestanforderungen an Radwege mit einer Mindestbreite einschließlich Sicherheitsraum für Radwege von 1,50 m sowie für gemeinsame Geh- und Radwege von 2,50 m) möglich.

Da die Situation vor Ort wirklich bedrohlich ist - Radfahrer, Fußgänger und Personen, die die dort vorhandenen Geschäfte frequentieren, müssen sich den äußerst schmalen Platz teilen - ist eine zeitnahe Umsetzung dringend erforderlich.

gez. Bennink
und Fraktion